



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Anna Toman, Susanne Kurz, Anne Franke, Maximilian Deisenhofer, Hep Monatzeder** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Kompensation coronabedingter Einnahmeausfälle an den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg
(Kap. 05 05 TG 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 05 05 werden die Mittel in der TG 60 „Zuwendungen für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten“ um 500,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Wie in fast allen gesellschaftlichen Bereichen wurde auch der Betrieb der KZ-Gedenkstätten im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie frühzeitig stark eingeschränkt.

Aus der Beantwortung einer Anfrage zum Plenum vom 30.11.2020 durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten geht hervor, dass die KZ-Gedenkstätte Dachau im Jahr 2020 (Stichtag: 30.11.2020) bei den Einnahmen für Führungen, Gruppenführungen, Restauration und der Bewirtschaftung des Parkplatzes im Vergleich zum Vorjahr Einnahmeausfälle in Höhe von 471.451,76 Euro verzeichnet. Die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg verzeichnete im selben Zeitraum Einnahmeausfälle in Höhe von 5.830,28 Euro (Stichtag: 30.11.2020).

Die zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel sollen dazu dienen, die coronabedingten Einnahmeausfälle bei den beiden Gedenkstätten zu kompensieren, denn die Gedenkstätten sind auf diese Gelder angewiesen, um dringend nötige Investitionen tätigen zu können.